

Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen.

(Drahtmeldung.)

Weiterberatung der Reichstagskommission.

wtb. Berlin, den 19. August.

Die verstärkte Budgetkommission des Reichstags setzte heute vormittag die gestern abgebrochenen Beratungen fort.

Ein Zentrumsabgeordneter dankte dem Staatssekretär für sein gestern geäußertes Entgegenkommen gegenüber der traurigen Lage der Textilindustrie. Die Lage dieser Industrie verdiene in der Tat ernste Aufmerksamkeit. Die Eigenart der Beschäftigung in der Textilindustrie und ihre Konzentration in bestimmten Bezirken bringe es mit sich, daß es sehr schwer sei, den Arbeitern anderweitig Unterkommen und hinreichenden Lohn zu verschaffen. Redner empfahl, einen besonderen Beirat zu schaffen, der sich aus Vertretern der Reichsbehörden, der Textilzentren, Arbeitgeber und Arbeiter zusammensetze und die Aufgabe hätte, die allgemeinen Grundsätze für die Verwendung der bereitgestellten Geldmittel aufzustellen und die Einzelheiten zu regeln.

Ein sozialdemokratischer Redner äußerte sich zu derselben Frage und empfahl praktische Mittel zur Abhilfe der Notlage der Arbeiter; insbesondere müsse der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Überführung der Textilarbeiter in andere Berufe zurückgedrängt werden.

Ein konservativer Redner hob hervor, daß das ganze Volk unter der gemeinsamen Teuerung als Folge des Weltkrieges zu leiden habe, nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Produzenten. Jeder müsse sich auch bewußt sein, daß er sich in dem Kriege Einschränkungen auferlegen müsse und neben dem Bedauerlichen, das darin liege, habe dies jedoch auch zu der Erzielung der besten Eigenschaften des Volkes beigetragen. Mit Nachdruck müßten aber die eingetretenen Schwierigkeiten bekämpft werden. Um die Gründe für die unbedingte Teuerung festzustellen, hätten seine Freunde eine Untersuchung über ihre Ursachen beantragt. Das beste Mittel sei bisher überall der Ausbau der Organisation gewesen, worin Deutschland besonders tüchtig gewesen sei. Nicht bei allen Gegenständen seien Höchstpreise das Heilmittel.

So könnten seine politischen Freunde sich nicht entschließen, einen Höchstpreis für Saatgetreide festzustellen. Dessen Qualität, die zum großen Teil neben anderen Einwirkungen in der Aufschwung der deutschen Landwirtschaft herbeigeführt hat, sei so verschieden, daß sie in einer Preisskala nicht zum Ausdruck kommen könne. Wo ein Mangel eintrete, müßten die Kommunalverbände daran denken, aus den beschlagnahmten Getreidevorräten Saatgetreide zu angemessenen Preisen den Landwirten, die dessen bedürften, zur Verfügung zu stellen. Seine politischen Freunde könnten sich auch nicht für die Festsetzung eines Höchstpreises für Brauergerste erklären. Den Landwirten werde von dem Safer, den sie ernten, nur ein geringer Bruchteil gelassen, von der Gerste nur 50 Prozent. Wenn sie davon noch hergeben müßten zu einem Preise, der unter dem Preise liege, zu dem sie sich Ersatzmittel beschaffen müßten, so würde dies eine neue Bedrückung der Landwirtschaft sein. Sei genügend Gerste vorhanden, dann würde der Preis sich von selbst regeln, sonst müßte ein Rückgang der Vierzehnerzeugung eintreten. Die kleineren Brauereien, die durch etwaige Höchstpreise gesichert werden sollten, könnten nur gesichert werden durch eine Verteilung der Vorräte. Freilich solle dies die neugegründete Gerste-Verwertungsgesellschaft wohl bezwecken, sie werde aber der Landwirtschaft gegenüber zugleich zu einer Gerste-Entwertungsgesellschaft. Er bedauere, daß ihre sämtlichen Kontingentscheine den Brauereien und Mälzereien überlassen würden, so daß diese als einseitige Macht den vielen kleinen Existenzen der Landwirtschaft gegenüberständen und ihnen dadurch den Preis diktieren könne. Sicher sei sie nicht dazu gegründet, um die Preise anzuheben zu lassen. Freilich seien die bayerischen Mitglieder seiner Partei hier anderer Meinung und hielten die Festsetzung von Höchstpreisen für Brauergerste für geboten. Er empfehle eine Änderung der Gesetzgebung entsprechend dem konservativen Antrage, nach dem jedenfalls jeder Wirtschaft eine Tonne Gerste ungeschmälert bleiben solle. Seine Freunde würden aber auch für den national-liberalen Antrag stimmen, der eine Abstufung der Freilassung der Gerste nach der Anbaufläche ins Auge faßt, wenn dabei berücksichtigt werde, daß nicht die Anbaufläche allein, sondern auch die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Viehstand, des betreffenden Betriebes maßgebend seien. Auch Milch sei ein Erzeugnis, das einen Höchstpreis, namentlich einen niedrigen Höchstpreis, nicht vertragen. Man müsse bedenken, daß es in der Hand des Landwirts, jezt vielfach der Landwirtsfrauen, liege, ob und wie die Kuh gehalten und gefüttert werde, um möglichst viel Milch zu erzeugen. Der Höchstpreis könne leicht erreichen, daß die Milchherzeugung ohne böse Absicht, sondern nur folgerichtig wesentlich verringert werde. Die Fortschrittler hätten vorgeschlagen, daß den Landwirten an Stelle der von ihnen herzugehenden Getreideerzeugnisse Futtermittel in Austausch gegeben werden sollten. Die Tendenz sei durchaus richtig, lasse sich aber in der vorgeschlagenen Form nicht verwirklichen. Er empfehle die Annahme des konservativen Vorschlags, wonach das Reich sorgen möge, daß den Landwirten die in Deutschland erhältlichen Futtermittel zu Preisen zur Verfügung gestellt würden, die den Preisen, die sie für ihre Erzeugnisse bekämen, imermaßen entsprächen. Der Antrag der Sozialdemokraten, der das Recht, Auskunft zu verlangen, den Kommunalbehörden beilegen wolle, erweise berechtigt; ihr Antrag aber, wonach den Kommunalbehörden auch das Enteignungsrecht zuzuflehen solle bei wucherischen Vorgängen, bedinge die Festlegung von Richtlinien. Soweit er unterrichtet sei, seien solche Richtlinien von der Regierung vorgeschlagen, vom Städtetage aber abgelehnt worden. Der fortschrittliche Abgeordnete habe beklagt, daß der Zuckerrübenbau wesentlich zurückgegangen sei. Indes sei eine Erhaltung des Zuckerrübenbaues in der bisherigen Höhe angesichts der mangelnden Arbeitskräfte, der beschränkten Düngemengen un-

möglich gewesen. Im Widerspruch zu der Lage der Fortschrittler stehe aber, wenn diese zu gleicher Zeit beantragt hätten, Sacharin wieder nach Deutschland herein zu lassen. Sacharin sei anerkanntermaßen kein Nährmittel, wohl aber der größte Feind des Rübenbaues, und seine Einführung würde dazu beitragen, den Rübenbau wirtschaftlich einzuschränken, statt ihn zu heben. Der Landwirtschaft sei namentlich von sozialdemokratischer Seite vorgeworfen, daß der Getreidepreis zu hoch festgesetzt sei. Dabei sei zu bedenken, daß Deutschland heute teils nicht höhere, teils niedrigere Preise für Brotgetreide habe, als das feindliche Ausland. So sei der Brotpreis in Berlin mit 40 Pfennig pro Kilogramm heute billiger wie der Brotpreis mit 52 Pfennig pro Kilogramm in England. In der Provinz sei der Brotpreis in Deutschland sogar nur 35 Pfennig pro Kilogramm. Hinzu komme, daß zwar an einigen Orten Deutschlands eine sehr gute, in der Mehrzahl der Orte aber eine geringere Ernte vorhanden sei, der gegenüber auch der jetzige Preis ein verlustreicher sei. Wenn die Landwirtschaft hier und da mehr flüssiges Geld zu haben scheine, so sei das dieselbe Erscheinung, die man im ganzen Volksleben bemerke. England habe uns den großen Gefallen getan, uns vom Ausland abzuschließen und uns dadurch besser, als jedes Gesetz, gezwungen, unsere Mittel im Lande zu behalten. Bei der Landwirtschaft sei aber zu berücksichtigen, daß sie heute vom Kapital lebe; denn die Qualität ihres Viehstandes wie ihres Aders würde durch den Krieg nicht besser.

Von großer Bedeutung sei die Frage der Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen. An Hand des Zahlenmaterials legte der Redner dar, daß die kleinen Mühlen billiger mahlen als die großen Mühlen, das Gegenteil von dem, was stets behauptet worden sei. Wenn nun etwa die Kosten, die die heutige Getreideverwaltung mit sich bringe, außer den höheren Mahlkosten, die sich durch die Ausmahlung bei den größeren Mühlen ergäben, die Spannung zwischen Getreide und Mehl vergrößerten und dies nicht abzuändern sei, so müsse doch dafür gesorgt werden, daß man überall wisse, daß das nicht der Landwirtschaft zur Last zu legen sei, sondern den Verhältnissen, und es sei billig, den Bauern nicht für alles verantwortlich zu machen, was dem Einzelnen unbequem sei, sondern man müsse den Ursachen der Unbequemlichkeiten nachgehen.

Für die Kartoffeln empfahl der Redner, sobald als möglich die Preise der Fabrikate festzustellen, damit Trocknereien und Stärkefabriken wüßten, woran sie bezüglich ihres Einkaufs seien. Da übrigen warnte er vor einer Preisfeststellung, die, wie das vergangene Jahr gezeigt habe, nur großen Nachteil bringen könne. Die Kartoffel sei heute ein Wertobjekt und müsse danach behandelt werden. Ein zu niedrigerer Preis wäre ebenso verhängnisvoll, wie ein zu hoher. Das Reich müsse dafür sorgen, daß genügend Mengen den Trocknereien zugeführt würden, um genügend Trocknungsvorräte zu schaffen. Ferner müßten durch Vermittlung der Kommunen, der ländlichen Genossenschaften und der Händler Vorräte gesichert werden, damit dort ausgeholfen werden könne, wo irgend zeitweiliger Mangel eintreten sollte. Dies würde zur Beruhigung und zur Preisregulierung das Beste sein. Der Redner sprach sich befriedigt aus von der Erklärung des Reichssekretärs und seiner Bereitwilligkeit, zu helfen, soweit die gesetzlichen Bestimmungen und die Aufgabe des Reiches es zuließen, um Not und Elend zu mildern und Ungerechtigkeiten, die die Verhältnisse auch in der Landwirtschaft durch verschiedene Messung der Erzeugnisse herbeiführten, auszugleichen.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte anknüpfend an eine Forderung des Vorredners, es sei ihm nicht möglich, zu den etwa dreißig Anträgen in bindender Weise Stellung zu nehmen. Die Preise könnten nicht lediglich nach den Wünschen der Konsumenten festgelegt werden, sondern die Produktionsverhältnisse müßten berücksichtigt werden. Der Beschlagsnahme stellten manche Artikel ihrer Art und ihrer Produktion nach große Schwierigkeiten entgegen. Da müsse die Form der besonderen Organisation als Hilfsmittel gewählt werden. Der konservative und der sozialdemokratische Redner hätten verlangt, daß man den Gründen der Preisbildung nachgehe, die Erfahrungen in der Fleischengüte-

Kommission hätten die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe deutlich gezeigt. Auf dem Wege einer Zentralorganisation würden wir wohl nicht zum Ziele kommen. Zweckmäßig erscheine die Prüfung durch die Kommunen; man müsse diesen dann aber besondere Befugnisse geben. Vielleicht empfehle sich die Einführung von Richtpreisen in den einzelnen Landesteilen von denen die unter Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörden festgesetzten Höchstpreise sowohl nach oben wie nach unten abweichen könnten. Der Staatssekretär legte im Einzelnen die Schwierigkeiten dar, welche sich der Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln entgegenstellten. Er werde nur im äußersten Falle zur Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln schreiten. Die Beschlagsnahme der Kartoffeln verwarf der Staatssekretär.

Ein Redner des Zentrums befürwortete die Schaffung eines Lebensmittelamtes, das der Regierung einen Teil der Verantwortung abnehmen solle. Redner erörterte die Frage, ob die Streckung des Mehles auch noch für eine weitere Zukunft beibehalten werden solle. Die Ersatzstoffe, wie Kartoffelmehl, dürften keinesfalls teurer sein, als das Getreidemehl selbst. Wenn für den Winter genügend Mengen Kartoffel zur Verfügung gehalten würden, würde man der Mißstimmung am sichersten entgegen. Dasjenige Kartoffelquantum, das für die menschliche Ernährung notwendig sei, etwa ein Viertel der Kartoffelernte, solle beschlagsnahmt werden, damit das Volk billige Kartoffeln erhalte. Der Verbrauch von Schlagjahne müsse geregelt werden. Zu überlegen sei, ob nicht an zwei Wochentagen der Fleischverkauf überhaupt, auch in Wirtschaften, verboten werde. Redner beklagte die ungleiche Verteilung der aus Österreich-Ungarn eingehenden Eier auf die Städte und betonte schließlich die große Bedeutung hinreichender Aufklärung über die Ursachen der Teuerung, und den Zusammenhang der Preisbildung, damit dem Volke, das durchhalten wolle, die Notwendigkeit der hohen Preise klar werde.

Ein fortschrittlicher Redner hob entgegen von Äußerungen in der Presse, die sich gegen die Nahrungsmittelpolitik der Städte richteten, die opferfreudige und erfolgreiche Tätigkeit der Städte auf diesem Gebiete hervor.

Darauf vertagte die Kommission die Weiterberatung bis nach Schluß des Plenums.